

Bern, 19. Februar 2022

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Aufhebung der Corona-Massnahmen: Psyche und Gewalt nicht vergessen

Jetzt hat der Bundesrat entschieden, die meisten Corona-Massnahmen aufzuheben. Dabei sollte die sich während den vergangenen beiden Jahren veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. Einerseits stieg die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Insbesondere die Jugendlichen waren niemals zuvor mit vergleichbaren Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im Alltag konfrontiert, was in den schlimmsten Fällen sogar Suizidgedanken auslöste. Da die älteren Generationen hierfür kaum Verständnis zeigten, verstärkten sich ebenfalls die Spannungen zwischen den verschiedenen Altersgruppen, wobei dies auch viele andere Gründe hat. Andererseits muss man genauso die Zunahme der häuslichen Gewalt erwähnen. Bei Streitigkeiten gab es weniger Ausweichmöglichkeiten, sodass Konflikte häufiger eskalierten. Ob die Corona-Pandemie nun wirklich vorbei ist, spielt in diesem Zusammenhang aber eine untergeordnete Rolle. Deshalb dürfen sowohl die psychischen Beeinträchtigungen als auch die Tötlichkeiten im familiären Umfeld keineswegs ignoriert werden. Daher fordern die Schweizer Demokraten (SD) etwa zusätzliche Massnahmen zugunsten von entsprechenden Beratungs- und Betreuungsstellen. Mit einer Aufstockung der finanziellen Mittel könnten diese unter anderem mehr Fachpersonal einstellen. Zudem benötigt es eine höhere Anzahl an stationären Pflegeplätzen in den psychiatrischen Kliniken.

Schweizer Demokraten (SD)
Adrian Pulver
SD-Geschäftsführer